

Medienmitteilung

Thema	Weshalb die Grünliberalen die Energiegesetz- und Verfassungsänderung am 27. November einstimmig ablehnen für eine Energieabgabe zur Finanzierung von Fördermassnahmen im Energiebereich	
Für Rückfragen	Hector Herzig, Parteipräsident M. 076 321 54 64 hector.herzig@grunliberale.ch	Daniel Altermatt, Fraktionspräsident M. 079 237 17 26 daniel.altermatt@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Basel-Landschaft www.bl.grunliberale.ch	
Datum	7. November 2016	

Die Gründe für das NEIN der glp BL zur Einführung einer Energieabgabe am 27. November 2016

Die glp hat nicht plötzlich ihr ökologisches Gewissen abgelegt. Sie ist eben auch liberal. Sowohl aus ökologischen wie auch aus liberalen Gesichtspunkten sprechen einige sehr gute für ein doppeltes Nein am 27. November 2016.

Wir leben heute noch von einem 50 Mio. Fr. Fördertopf, der aus ordentlichen Mitteln gespiesen wurde. Diesen hätte man einfach neu äufnen können und alles wäre in Ordnung. Stattdessen verfiel man auf die Idee, ein neues Kässeli einzurichten. Die Grundidee, dieses Kässeli verbrauchsabhängig zu organisieren, ist absolut richtig. Das Problem liegt bei der Umsetzung:

- **Grosser Aufwand für marginale Abgabe:** Die Abgabe pro Haushalt beträgt zwischen 20.- und 120.- Fr., muss aber individuell berechnet und eingefordert werden. Dieser Aufwand liegt bei den kleinsten Beträgen möglicherweise über dem Ertrag. Ein sinnloser bürokratischer Kraftakt, welcher der Umwelt wenig nützt.
- **Für Industrie und Gewerbe gibt es -zig Ausnahmen:** Gewerbe und Industrie können mit dem Kanton Vereinbarungen treffen und sich so von der Steuer befreien. Diese Vereinbarungen sind wiederum individuell zu erstellen und führen zu einem grossen Verwaltungsaufwand zu Lasten der Erträge. Wenn die Abgabe vor allem Leute mit kleinerem Einkommen zahlen, ist letztendlich das Verursacherprinzip ausgehebelt. So wird die Lenkungswirkung ad absurdum geführt.
- **Selbstdeklaration:** Auf welche Art wird der Verbrauch bestimmt? Jeder Haushalt muss seinen Verbrauch selbst ausrechnen und mittels Formular angeben. Wie das funktionieren soll, steht in den Sternen.
- **Der Bund:** Der Bund ist macht sich ernsthafte Gedanken zu einer eidgenössischen Energiesteuer. Ein kantonales Vorpreschen verkompliziert die Einführung einer Energiesteuer auf Bundesebene. Kann gut sein, dass der Bund aus diesen Überlegungen die Änderung der Baselbieter Verfassung nicht bewilligt.

Für die Grünliberalen ist eine laufende energetische Optimierung der Gebäude ein selbstverständliches Muss. Damit das funktioniert, braucht es eine Lenkung – auch über das Portemonnaie. Eine Abgabe einzuführen, die letztlich nur Aufwand generiert, macht schlicht keinen Sinn. Das Liberale in der Seele der glp BL war deshalb stärker. Der Entscheid an der Mitgliederversammlung wurde einstimmig gefasst.